

# Klartext

aus Berlin und Augsburg

2014/4

Abgeordnetenbrief  
Ulrike Bahr



Foto: © Henning Schacht, 2014

## ZUR SACHE

### Liebe Leserinnen und Leser,

„Jeder junge Mensch hat das Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ So heißt es im § 1 des Achten Sozialgesetzbuches, das die Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe regelt. Und staatliche Jugendämter, freie Träger sowie freiwillig Engagierte in den unterschiedlichsten Initiativen tun eine Menge, damit dieser Rechtsanspruch auch eingelöst werden kann.

In meiner politischen Arbeit in Berlin muss ich allerdings auch öfter feststellen, dass der Anspruch des Gesetzes und die Lebenswirklichkeit auseinanderfallen. Probleme gibt es vor allem dort, wo verschiedene Hilfesysteme ineinandergreifen sollen.

Ein Beispiel ist das vieldiskutierte Thema „Inklusion“. Inklusion zielt darauf ab, dass behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam leben, spielen und lernen

sollen. Die staatlichen Hilfesysteme sind aber so organisiert, dass je nach Behinderung verschiedene Stellen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zuständig sind. Diese Trennung erschwert eine wirklich inklusive Pädagogik, die alle Kinder bestmöglich fördert.

Bei einer Fachveranstaltung in Augsburg haben wir mit Experten darüber diskutiert, wie diese Spaltung überwunden werden könnte (Seite 3).

Probleme gibt es auch beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die Jobcenter sind nicht auf pädagogische Arbeit eingestellt. Laut Kinder- und Jugendbericht 2013 machten fast 60 % der Jugendämter überhaupt keine arbeitsweltbezogenen Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene. Dass es auch anders geht, beweisen die positiven Erfahrungen mit Jugendberufsagenturen wie in Hamburg und mit dem Konzept der „Assistierten Ausbildung“.

Auch an den Schnittstellen zum Gesundheitswesen „klemmt es“ immer wieder. Kinderärzte merken oft als Erste, wenn Kinder und ihre Eltern schwerwiegende Probleme haben, die über Gesundheitsstö-

rungen hinausgehen. Eine echte Zusammenarbeit mit Beratungsstellen oder dem Jugendamt wäre hier sinnvoll, wird aber oft durch die ärztliche Schweigepflicht und den Datenschutz erschwert oder gar verhindert. Das gilt auch, wenn die Sorgeberechtigten in die Datenweitergabe einwilligen. Außerdem können Kinder- und Jugendärzte die oft zeitaufwändige Mitarbeit in Fallkonferenzen meist nicht abrechnen.

Mit einem lebensweltbezogenen Konzept der Vorbeugung, wie es das geplante Präventionsgesetz vorsieht, sollen auch Kitas und Schulen verstärkt daran mitarbeiten, Kindern ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. In Projekten und Initiativen sind dazu bereits sehr viele gute Ideen entwickelt worden: Von der gesunden Mittagsverpflegung über Bewegungsförderung im Alltag bis zur Schulkrankenschwester gibt es viele Konzepte, aber auch noch viel Arbeit, um gerade benachteiligten Kindern wirkungsvoll zu helfen.

Ihre

## PROSTITUIERTEN-SCHUTZGESETZ

Derzeit werden unterschiedliche Konzepte zum geplanten Prostituierten-Schutzgesetz diskutiert. Diese Diskussion wird sehr emotional geführt. Mir kommt es darauf an, dass dabei nicht das Ziel des Gesetzes aus dem Blick gerät: der Schutz der betroffenen Frauen.

Um mir ein Bild zu machen, habe ich in den letzten Wochen viele Gespräche geführt, unter anderem auch bei der Beratungsstelle OLGA in Berlin. Dort erhalten drogenabhängige und sich prostituierende Frauen schon seit 27 Jahren praktische Hilfen, aber auch Ausstiegsberatung.

Daher können die Sozialarbeiterin-



*Mit Sönke Rix und Mechthild Rawert, MdB, zu Besuch bei OLGA*

nen bei OLGA kompetent aus der Lebenswirklichkeit der Prostituierten berichten. Anders als Medienberichterstattung und Fernsehkrimis vermuten lassen, schätzt OLGA das Problem der Zwangsprostitution als nicht so verbreitet ein. Armutsprostitution dagegen spielt auf der Kurfürstenstraße eine große Rolle. Die Frauen kommen überwiegend aus der EU (viele aus Rumänien und Bulgarien) und haben Probleme, sich abseits der Prostitution den Lebensunterhalt zu verdienen.

Einer behördlichen Anmeldepflicht steht der Frauentreff OLGA sehr kritisch gegenüber: Die Frauen nehmen die Beratungsangebote erfahrungsgemäß nur an, wenn diese Angebote anonym und freiwillig sind und ein gewachsenes Vertrauensverhältnis besteht. Dies gilt erst recht für Angebote wie die Polizei- und Gesundheitssprechstunde.

Ein großes Problem für viele Straßenprostituierte ist die Gesundheitsver-

sorgung. Darum wünschen sich viele eine Krankenversicherungspflicht mit bezahlbaren Tarifen. Viele der Frauen haben keine Versicherung und darum auch keinen Rechtsanspruch auf Versorgung und Behandlung. Oft bleiben Gesundheitsprobleme deswegen unbehandelt.

## JUGENDARBEIT FÖRDERN

Die Deutsche Jugend in Europa e.V. (DJO) hat vor zwei Jahren mit dem Fa-

AUS  
*Berlin*



*Die MdBs Fritz Felgentreu, Dorothee Schlegel, Sönke Rix, Gülistan Yüksel und Ulrike Bahr mit der DJO*

milienministerium ein Projekt „Jugend 2014“ aufgelegt. Dieses Projekt unterstützt Verbände, in denen sich Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte zusammengeschlossen haben, damit sie professionell arbeiten und hauptamtliche Strukturen aufbauen können und Zugang zu Fördermitteln erhalten.

Das Projekt läuft Ende des Jahres aus. Deshalb warben Robert Werner und Hetav Tek von der DJO bei den Parlamentariern mit Nachdruck dafür, ab 2015 eine Grundförderung für die Verbände bereitzustellen. Die DJO wehrt sich entschieden gegen die Behauptung, Migrantenorganisationen für Jugendliche seien integrationsfeindlich. Gerade in die Verbandsstrukturen des Bundesjugendrings integrierte man sich sehr gerne. Muslimische Jugendliche können dabei genauso ihre Akzente setzen wie die Katholische Landjugend — mit freiwilligem, identitätsstiftendem und werbeorientiertem Engagement.

## INTERKULTURELLE ÖFFNUNG

In den beiden ersten Oktoberwochen war Melike Akça als Praktikantin bei mir im Büro. Melike stammt aus München und studiert seit drei Jahren in Augsburg Jura. Sie engagiert sich ehrenamtlich als Gruppenleiterin für türkischstämmige Jugendliche.

Unser Büro hatte für sie Führungen im Bundestag, im Bundespräsidialamt und im Bundesrat organisiert. Außerdem konnte sie mich zu verschiedenen Gremien begleiten. Ein Höhepunkt war die Sitzung des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln zum Thema „Gewaltbereite Rückkehrer — wie



können wir präventiv deren Zug in den Krieg verhindern?“. Da Melike in der Jugendarbeit tätig ist und auch als aktive Muslima einen persönlichen Bezug zu diesem Thema hat, war sie sehr engagiert bei der Sache.

Als Praktikumsprojekt hat Melike eine kommentierte Aufstellung der türkischen Vereine in Augsburg erarbeitet — über 20 davon gibt es in der Stadt.

An ihrem letzten Praktikumstag hatte Melike Geburtstag — eine gute Gelegenheit, sich mit einem schönen Geburtstagsfrühstück von einer sehr netten und engagierten Praktikantin zu verabschieden.

## ZUKUNFTSPREIS FÜR PAPILO E. V.

Das Augsburger Projekt Papilio e. V. hat im Oktober den Zukunftspreis des Verbandes der Deutschen Ersatzkassen (vdek) erhalten. Papilio entwickelt Materialien und Methoden für Kindergärten, um schon die Jüngsten stark zu machen gegen Sucht und Gewalt. In Fortbildungen gibt das Projekt Erzieherinnen und Erziehern konkrete Maßnah-

men an die Hand, damit sie Kinder wirkungsvoll in ihrem sozial-emotionalen Verhalten stärken und fördern können.

Seit 2005 hat Papilio mehr als 5.600 Erzieherinnen und Erzieher fortgebildet, die mehr als 110.000 Kinder erreichen.

Dass Papilio konsequent dazu beiträgt, Sucht, Gewalt und Verhaltensauffälligkeiten schon im Kindergartenalter vorzubeugen, beeindruckt mich sehr. Ich gratuliere dem Papilio-Team ganz herzlich zum Zukunftspreis und wünsche Frau Mayer und ihren Mitstreiterinnen weiterhin viel Erfolg mit ihrem Projekt. Ich freue mich schon auf ein Wiedersehen im Wahlkreis.



Papilio + MdBs; Foto: Sibylle Malinke

## MEDIENBILDUNG FÜR ALLE

Über Smartphones, Tablets und PCs sind Kinder immer früher online. Darum ist Medienerziehung wichtig für Eltern und für Kinder ab der Kita.

Wie bei der Verkehrserziehung müssen auch bei der Sicherheit im Internet Eltern, Bildungseinrichtungen und Polizei Hand in Hand arbeiten, um Kinder für das digitale Leben fit zu machen.

Darum haben sich die Kinderkommission und der Ausschuss Digitale Agenda am 8. Oktober in einer gemeinsamen Sitzung mit Fachleuten darüber ausgetauscht, wie junge Menschen im Internet besser geschützt werden können.

Dabei wurde deutlich: Mit einer Verschärfung von Strafgesetzen, wie sie jetzt mit Bezug auf Kinderpornografie beschlossen wurde, lässt sich nur ein sehr kleiner Teil der Probleme im Netz regeln. Die Online-Chat-Funktionen in den meisten Spielen oder die Verführung zum Kauf von virtuellen Gütern

haben viele Jugendschützer noch gar nicht im Blick, weil sie sich an den Inhalten von Webseiten, Spielen und Filmen orientieren, aber nicht an den Kommunikationsmöglichkeiten des Web 2.0.

## BAFÖG-NOVELLE BESCHLOSSEN

Nach wie vor entscheidet bei uns die soziale Herkunft über die Bildungschancen junger Menschen. Darum hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine Verbesserung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz stark gemacht. Jedes Talent muss gefördert werden — unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Ab 2015 übernimmt der Bund die



vollen Kosten für das BAföG. Die Länder werden um etwa 1,2 Milliarden Euro entlastet, die sie in Hochschulen und Schulen investieren können.

Die Bedarfssätze und das Wohngeld werden 2016 deutlich angehoben, damit mehr Geld bei den Studierenden ankommt. Dank höherer Freibeträge und Hinzuverdienstgrenzen erhalten mehr Leute BAföG-Anspruch.

## Berlin Termine X

24.11.2014 | 13:00 Uhr

Anhörung zum Gesetzentwurf für die bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

27.11.2014 | 10:30 Uhr

Fachtagung: Schule der Bürgergesellschaft — Bürgerschaftliche Perspektiven für gute Bildung und moderne Schulen

18.12.2014 | 15:00 Uhr

Gespräch des Familienausschusses zum Thema Väterrechte und Wechselmodell

## FACHTAGUNG: AUF DEM WEG ZUR „GROSSEN LÖSUNG“

Zu meiner großen Freude konnte ich am 24. Oktober Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner, einen ausgewiesenen Experten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), zu einem Fachvortrag in Augsburg begrüßen. Aktuell erhalten Kinder und Jugendliche mit seelischen Beeinträchtigungen Eingliederungshilfe nach SGB VIII vom Jugendamt. Dagegen beziehen Kinder und Jugendliche mit körperlichen oder geis-

AUS  
Augsburg



tigen Einschränkungen Eingliederungshilfen als Sozialhilfe vom Sozialamt.

Dabei ist eine klare Abgrenzung der Beeinträchtigungen und Bedarfe nicht immer leicht. Dies führt zu unklaren Zuständigkeiten, die meist zu Lasten der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien gehen. Darum wird bereits seit vielen Jahren die „Große Lösung“ — also die Zusammenführung der Eingliederungshilfen unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe — immer wieder diskutiert.

Für mich als Kinder- und Jugendpolitikerin ist die Grundabsicht des SGB VIII ein ganz maßgebliches Argument für diese Lösung: Ihre Hauptaufgabe sieht die Kinder- und Jugendhilfe darin, „junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“ — das ist doch ein klarer Wegweiser in Richtung inklusive Gesellschaft.

Herrn Prof. Wiesners eindrucksvoller Vortrag und die anschließende Diskussion haben aber auch deutlich gemacht,



dass in der Praxis noch viele Hürden zu überwinden und viele offene Fragen zu klären sind. Ein eindrucksvoller Beleg für das ausgeprägte Interesse an diesem Thema war ein bestens gefüllter Stadtwerkesaal. Die große Bandbreite der Diskussionsbeiträge zeigte, wie viele Details bei Trägern und Betroffenen noch ungeklärt sind.

Dadurch hat sich mein Eindruck verstärkt, dass diese Lösung nicht von heute auf morgen erarbeitet, geschweige denn umgesetzt werden kann. Aber die aktuellen Diskussionen um Inklusion und das geplante Bundesteilhabegesetz sind gute Gelegenheiten, auch die Große Lösung mit neuem Schwung voranzubringen.

## MEHR ZEIT FÜR FAMILIEN

Gemeinsam verbrachte Zeit ist ein Schlüssel für die Zufriedenheit von Eltern und Kindern, so das Fazit einer Podiumsdiskussion zu den neuen familienpolitischen Maßnahmen der Bundesre-



gierung. Der familienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, mein Ausschusskollege Sönke Rix, war extra aus Eckernförde angereist, um mit den Augsburgerinnen und Augsburgern über das Elterngeld Plus und die Elternzeit zu diskutieren.

Die Sicht eines Arbeitgebers vertrat Holger Amberg, Geschäftsführer des Industrieparks Gersthofen. Für die Gewerkschaften sprach Torsten Falke, Bezirksleiter der IG BCE. Beide begrüßten das Ziel, die Arbeitswelt familienfreundlich zu gestalten und qualifizierte ArbeitnehmerInnen auch dadurch an die Betriebe zu binden.

Johanna Possinger vom Deutschen Jugendinstitut in München ordnete die deutsche Familienpolitik in den europäi-

schen Rahmen ein und betonte vor allem, dass sich seit Einführung des Elterngeldes deutlich mehr Väter an der Erziehung beteiligen. Der neue Partnerschaftsbonus lässt hoffen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

## FRIEDENSPOLITISCHER DIALOG

Die Gewalt des IS in Syrien und im Irak schockiert uns. Die Türkei, Jordanien und der Libanon müssen mit einem beispiellosen Flüchtlingsstrom fertig werden. Auch wir sind gefordert zu handeln: mit humanitärer Hilfe und mit der Aufnahme von Flüchtlingen. Aber gibt es darüber hinaus Optionen?

Den Beschluss des Deutschen Bundestages, Waffen an die Peschmerga im Irak für ihren Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zu liefern, sehe ich sehr kritisch. Darum habe ich Henrik Meyer, Nahost-Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung, nach Augsburg eingeladen, um über das „Pulverfass Nahost“ zu informieren und mit allen Interessier-



ten die Möglichkeiten der deutschen Regierung zu diskutieren. Dazu kamen rund 80 Gäste in den Reichlesaal des Zeughauses, darunter auch einige direkt Betroffene aus Syrien.

Dieses große Interesse hat mich sehr gefreut. Und ich teile das Fazit von Henrik Meyer: „Wenn die ‚Balkanisierung‘ des Nahen Ostens nicht gestoppt wird, werden wir über mindestens ein Jahrzehnt weitere Kriege, ein Wiedererstarken des Terrorismus und Fluchtbewegungen in bisher unvorstellbaren Größenordnungen erleben. Vergessen wir nicht: Der Nahe Osten ist unser Nachbar. Wir werden langfristig unseren eigenen Frieden nur bewahren können, wenn unser Nachbar nicht im Krieg versinkt.“

## BESUCH BEIM HAUPTZOLLAMT

Das Augsburger Hauptzollamt hat eine Fülle von Aufgaben. Demnächst wird dazu auch die Kontrolle des Mindestlohns gehören. Auf Anregung von Mathias Hennig von der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft habe ich mir selbst ein Bild gemacht von dem breiten Spektrum der Tätigkeiten, die allein am Standort Augsburg über 500 Mitarbeiter erledigen. Dazu gehören zum Beispiel die Maßnahmen gegen Schwarzarbeit, aber auch die Berechnung der Kfz-Steuer.

Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen für die interessanten Einblicke!



## Augsburg Termine X

**18.11.2014 | 19:00 Uhr**

Podiumsdiskussion der AG 60 Plus: Demografie, Pflege, Demenz. Mit einem Impulsreferat zur aktuellen Pflegepolitik

**20.11.2014 | 18:30 Uhr**

Rotlicht im Fokus: Fraktion vor Ort mit Dr. Eva Högl zu den Vorhaben zur besseren Regulierung der legalen Prostitution und zur Bekämpfung der Zwangsprostitution

**21.11.2014 | 15:00 Uhr**

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

**09.12.2014 | 15:00 Uhr**

Besuch bei Papilio e. V.



### Impressum

V. i. S. d. P.: Ulrike Bahr, Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg

Redaktion: Dr. Ruth Vornefeld, Tel. 030 22777283, ulrike.bahr.ma01@bundestag.de